

Antrag I-3**Jusos Bezirk Hannover****Neue Akzente in der deutschen und europäischen Lateinamerika-Politik**

1 Wir fordern, dass die Länder Lateinamerikas wie-
2 der stärker in den Fokus der deutschen und eu-
3 ropäischen Außenpolitik rücken. Dazu gehört für
4 uns, dass eine engere kulturelle, bildungspolitische,
5 wirtschaftliche und diplomatische Zusammenar-
6 beit gibt. Gegenwärtig spielt Lateinamerika eine un-
7 tergeordnete Rolle in der deutschen Außenpolitik.
8 Wir fordern, dass die Bundesrepublik Deutschland
9 und die Europäischen Union trotz ihrer vielfältigen
10 Wirtschafts- und Handelsbeziehungen eine eigen-
11 ständige, strategische und wertgeleitete Politik für
12 Lateinamerika entwickeln.
13 Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Geschichte und
14 natürlichen Randbedingungen teilen die Latein-
15 amerikanischen Staaten vergleichbare Entwicklun-
16 gen und Erfahrungen. Daher können große poli-
17 tische Linien Teil eines Konzeptes für eine neue
18 Lateinamerika-Politik sein. Dennoch muss klar sein,
19 dass jeder Staat Lateinamerikas eine einzigartige
20 Geschichte und Kultur hat, die in einer Außenpolitik
21 der Bundesrepublik und der EU zu berücksichtigen
22 sind.
23 Kultureller Austausch kann dazu beitragen das
24 Verständnis zwischen Menschen unterschiedlicher
25 Herkunft zu verbessern. Daher fordern wir die kultu-
26 relle Zusammenarbeit zu intensivieren und zu ver-
27 stärken. Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit
28 der Geschichte und den Lebensrealitäten der Men-
29 schen Lateinamerikas. Dieser Austausch kann be-
30 reits auf der lokalen Ebene stattfinden.
31 Kontakte zwischen Vereinen vor Ort können ge-
32 fördert werden um auf beiden Seiten des Atlantiks
33 Menschen direkt zu erreichen und zu sensibilisie-
34 ren. Um trotz begrenzter öffentlicher Mittel den kul-
35 turellen Austausch mit Lateinamerika zu verstär-
36 ken können wie bei der Einrichtung des deutsch-
37 französischen Kulturinstituts in Brasilien Synergien
38 intelligent genutzt werden.
39 Während die Werte des Index für menschliche Ent-
40 wicklung der Vereinten Nationen für die Staaten
41 Lateinamerikas eine sehr positive Tendenz aufwei-
42 sen – alle Länder sind 2018 als hoch oder sehr
43 hoch entwickelt eingestuft – prägt eine starke Un-
44 gleichheit die sozialen Verhältnisse. Gerade die in-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK**

Wir fordern, dass die Länder Lateinamerikas wie-
der stärker in den Fokus der deutschen und eu-
ropäischen Außenpolitik rücken. Dazu gehört für
uns, dass es eine engere kulturelle, bildungspoli-
tische, wirtschaftliche und diplomatische Zusam-
menarbeit gibt.
Gegenwärtig spielt Lateinamerika eine untergeord-
nete Rolle in der deutschen Außenpolitik. Wir for-
dern, dass die Bundesrepublik Deutschland und
die Europäischen Union trotz ihrer vielfältigen
Wirtschafts- und Handelsbeziehungen eine eigen-
ständige, strategische und wertgeleitete Politik für
Lateinamerika entwickeln.

Adressat:

Bundestagsfraktion

45 digene Bevölkerung, Menschen afrikanischer Her-
46 kunft und Frauen sind von starken Diskriminierun-
47 gen und Ausgrenzung betroffen. Hier sollte die
48 deutsche und europäische Zusammenarbeit anset-
49 zen um soziale Gerechtigkeit und die Verwirkli-
50 chung aller Menschenrechte zu fördern. Die Bundes-
51 republik Deutschland unterstützt so zum Beispiel
52 bereits den Friedensprozess in Kolumbien. Doch
53 auch in anderen Lateinamerikanischen Staaten sind
54 Geschichte und Gesellschaft von abgeschlossenen,
55 aber nicht überwundenen Konflikten geprägt. Der
56 Umgang der chilenischen Regierung mit den sozia-
57 len Protesten bedarf einer kritischen und gründli-
58 chen Aufarbeitung. Europäische und deutsche Un-
59 terstützung können diese Prozesse begleiten und
60 beraten.

61 Traditionell hat Deutschland seit jeher gute und
62 langfristige Handelsbeziehungen nach Lateinameri-
63 ka. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann aber
64 noch verstärkt werden, auch um den lateinameri-
65 kanischen Staaten ein demokratisches Gegenange-
66 bot zum wirtschaftlichen Engagement der Volks-
67 republik China zu machen. Angesichts der Digita-
68 lisierung sind die Rohstoffvorkommen Lateiname-
69 rikas von hoher Relevanz für das globale Wachs-
70 tum. Bei der Förderung der Ressourcen – auch zu-
71 gunsten Europas – muss sichergestellt werden, dass
72 die Wertschöpfung zu großen Teilen in Lateiname-
73 rika erfolgen kann und die wirtschaftliche Entwick-
74 lung die soziale Spaltung des Kontinents nicht wei-
75 ter verstärkt, sondern ihr entgegenwirkt. Bei allen
76 Aktivitäten müssen die deutsche und europäische
77 Wirtschafts- und Handelspolitik auf Nachhaltigkeit
78 achten. Dies umfasst die Achtung der Menschen-
79 rechte, gute Arbeit, den Schutz der Umwelt und na-
80 türlichen Ressourcen. Unter diesen Gesichtspunk-
81 ten ist auch das Freihandelsabkommen mit den
82 Mercosur-Staaten zu bewerten, anzupassen und
83 ggf. auszusetzen. Des weiteren hat auch das Land
84 Niedersachsen eine besondere Verantwortung ge-
85 genüber Lateinamerika. Der Volkswagen-Konzern
86 betreibt zur Zeit Werke in Argentinien, Brasilien und
87 Mexiko. Wir fordern die niedersächsische Landes-
88 regierung auf, ihren Einfluss durch die Beteiligung
89 bei VW auch dafür zu nutzen, um die Achtung von
90 Menschenrechte, die Repräsentant indigener Beleg-
91 schaften und den Umweltschutz auch bei den Akti-
92 vitäten in Lateinamerika zu stärken. Die Firmenpoli-
93 tik VWs darf sich nicht demokratisch fragwürdigen

94 Regierungen anbieten.

95 Zuletzt soll der wesentlich Aspekt der Außenpolitik
96 betrachtet werden, die diplomatischen Beziehun-
97 gen. Lateinamerika hat, trotz vieler positiven Ent-
98 wicklungen in den Jahren seit 2000, ein Roll-back er-
99 lebt. Staaten wie Venezuela versinken in Korrupti-
100 on, bürgerkriegsähnlichen Zuständen und Armut. Es
101 wurde zu einem Staat der seine eigenen Bürger*in-
102 nen leiden lässt und dabei im Namen des Sozialis-
103 mus unter brutaler Herrschaft einer kleinen einge-
104 schworenen Gruppe an Herrschenden nutzt. Die da-
105 durch ausgehöhlt Legitimität der Regierung wurde
106 geschickt durch eine reaktionäre und rechte Oppo-
107 sition genutzt, die vor allem Kapitalinteressen ver-
108 tritt. Die EU und die Bundesrepublik Deutschland
109 haben sich in diesem innerstaatlichen Konflikt sehr
110 unglücklich positioniert und engagiert. Die Diplo-
111 matie und Außenpolitik sollten in erster Linie dar-
112 auf hinwirken die humanitäre Lage zu verbessern
113 und einen rechtsstaatlich adäquaten Übergang zu
114 unterstützen.

115 Mit großer Sorge nehmen wir ebenfalls die Entwick-
116 lungen in Bolivien wahr. Auch hier hat die amtierende
117 sozialistische Regierung Grundsätze der freien
118 Wahlen und Meinungsäußerungen verletzt, wenn-
119 gleich nicht in annähernd mit dem Zustand Vene-
120 zuelas vergleichbar. Eine von weißen Evangelika-
121 len geprägte Gegenbewegung zu Evo Morales So-
122 zialist*innen versucht nun die Herrschaft zu errin-
123 gen und spart dabei nicht an rassistischen Resen-
124 timents gegen die indigene Bevölkerung. Bereits
125 jetzt wird von massiver (Polizei)gewalt gegen An-
126 hänger*innen Morales und Indigene berichtet.

127 Seit der Wahl des rechtsextremen Jair Bolsona-
128 ro zum Präsidenten Brasiliens, entwickelt sich das
129 Land in die falsche Richtung, besonders was den
130 Umweltschutz, die Rechte von Minderheiten und
131 die demokratischen Institutionen betrifft. Die ohne-
132 hin schon hohe Zahl der Toten durch Polizeieinsät-
133 ze in den Favelas ist rapide angestiegen und die Er-
134 folge in der Armutsbekämpfung drohen rückgängig
135 gemacht zu werden.

136 Deutschland und Europa müssen diesen beispiel-
137 haften Entwicklungen des letzten Jahres auf der
138 großen politischen Bühne entgegenwirken. Man
139 muss dort wo es geht, Organisationen fördern und
140 schützen, die diesen teils menschenverachtenden
141 Entwicklungen unterbinden wollen und muss den
142 Regierenden verdeutlichen, dass Demokratie, Men-

143 schenrechte und soziale Gerechtigkeit auch in La-
144 teinamerika ein wichtiges Ziel sind. Wir fordern,
145 dass ein Abweichen von diesen Prinzipien und die
146 Bereicherung einer kleinen Klientel auf Kosten der
147 Bevölkerung nicht ohne Folgen bleiben dürfen. Un-
148 sere Solidarität gilt den Unterdrückten, den Kämp-
149 fer*innen für Freiheit und Gerechtigkeit und den Ge-
150 noss*innen unserer Partnerorganisationen!